

Mutiert der „Volkstrauertag“ zum Tag der Toleranz?

Der Vorsitzende des Ausländerbeirats spricht – Querschüsse vom BdV am „Tag der Heimat“

Als „Heldengedenktag“ wollte bzw. durfte man den sogenannten „Volkstrauertag“ in den westlichen Besatzungszonen nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr begehen. So wie in der DDR als *Internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg* wollte man ihn auch nicht begehen. Wo kämen wir da hin. Als Mitglieder



der Augsburgener Friedensinitiative und des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD bei der Feierstunde im Jahre 1984 am Mahnmal an der Blauen Kappe zu stark in diese Richtung orientierten, kam es zu einem „Handgemenge“, ausgelöst von „überwiegend älteren Teilnehmern“, die den Pazifisten Spruchtafeln für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft entreißen wollten. Die Polizei musste „zum Schutze“ der Demonstranten einschreiten.¹

Welch Geistes Kind die „überwiegend älteren Teilnehmer“ waren, gab die Augsburgener Allgemeine zwei Tage später zu: „Freilich kann niemand verhindern, dass sich auch Rechtsradikale unter die Zuschauer mischen. Die Szenen vom vergangenen Sonntag, als Teilnehmer der Mahnstunde friedlichen Demonstranten ihre Transparente mit Gewalt zu entreißen versuchten und sie mit Parolen aus dem faschistischen Spektrum beschimpften, sind noch in frischer Erinnerung.“

Inzwischen bleiben die „überwiegend älteren Teilnehmer“ bei den Gedenkfeiern zunehmend aus und die Veranstaltungen verlieren dadurch ihren charakteristischen Trend. Auch die Sache mit dem Revanchismus ist nicht mehr so virulent, hat man doch mit dem grundgesetzwidrigen Anschluss der DDR einen wichtigen Teil erfüllt – nämlich die jahrzehntelang propagierte „Überwindung der

deutschen Teilung“. Und die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die damals vorbereitet wurden, laufen inzwischen wie geschmiert.

Sprach damals noch regelmäßig der Chef der Operationsabteilung beim Führungsstab Süd der faschistischen Wehrmacht mit ihren unsäglichen Verbrechen auf dem Balkan, Generalmajor a. D. Thilo – der sozialdemokratische Oberbürgermeister Breuer ließ ihn trotz Protesten von Pax Christi, Augsburgener Friedensinitiative und MdL Raimund Kamm ungerührt reden –, nahm damals noch Jahr für Jahr und offiziell eingeladen durch die Stadt die Hiag, eine Vereinigung von ehemaligen Mitgliedern der Waffen-SS teil und marschierten immer wieder die Alpini auf – sie stehen für die Eliteeinheiten Mussolinis, auf deren Konto u.a. der Völkermord mit Giftgas in Äthiopien geht – so hat sich auch das inzwischen einigermassen gelegt.

Die Versuche von Neofaschisten vom Schlage der Nationalen Opposition, NPD und DVU, sich wie

¹ AZ 19.11.1984 Aus dem Jahr 1984 stammt das älteste Material aus unserem Archiv, weiter reicht es zur Zeit nicht zurück.

seinerzeit die SS einfach in die Feierlichkeiten zu mischen und eigene Kränze niederzulegen neben den staatsoffiziellen, wurden unter dem Christsozialen Menacher selbstredend geduldet, konnten aber unter Wengert und dem Regenbogenbündnis unterbunden werden. Natürlich waren auch dafür Proteste nötig, aber sie liefen nicht ins Leere wie unter Breuer und Menacher.

Beim diesjährigen „Volkstrauertag“ in Augsburg muss nicht viel los gewesen sein. Wir waren nicht dort und sicher war auch sonst kaum jemand dort. Was also davon bleibt, dürfte ein Bericht der Augsburger Allgemeinen sein, der so klingt als hätte die CSU Kreide gefressen – oder OB Gribl, der ja von seiner Herkunft her gar kein CSUler ist, hatte einfach kein großes Interesse mehr an der alten, dumpfen Tradition und ging eigene Wege:

[...] Ähnlich sieht es auch Oberbürgermeister Kurt Gribl (CSU), der in seiner Festansprache sagte, die Menschen müssten „Schlüsse daraus ziehen, aber keinen Schlusstrich“. Die Ereignisse seien ein Appell an die Toleranz. Dies gelte nicht zuletzt auch für Augsburg, wo Menschen aus 140 Nationen lebten und etwa ein Drittel der Bürger einen Migrationshintergrund habe. Zudem verwies Gribl auf den Augsburger Friedenspreis, der den Dialog der Kulturen aktiv unterstütze.

Dass man mehr miteinander statt übereinander rede, forderte Hüseyin Yalcin, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Bayern, in seinem Festbeitrag. Anlässlich des von der Uno ausgerufenen Tages der Toleranz betonte er die Wichtigkeit einer offenen Gesellschaft und forderte alle Menschen dazu auf, sich um eine gute Bildung zu bemühen. Diese sei ein zentrales Element, damit Toleranz gelebt und Geschichte verstanden werden könne.²

Mit der Einladung des Vorsitzenden des Ausländerbeirats erhielt die Gedenkfeier heuer tatsächlich eine neue Note. Und Hüseyin Yalcin nutzte die Gelegenheit, auf den internationalen *Tag der Toleranz* einzugehen, der am 16. November 1995 von 185 Staaten der UNESCO ausgerufen wurde und den hierzulande natürlich kein Schwein kennt oder gar achtet. Es ist schon pikant, dass ausgerechnet die neue Stadtregierung – und nicht etwa die rot-grüne Vorgängerregierung – dem Ausländerbeirat erstmals Gelegenheit gibt, von der „Wichtigkeit einer offenen Gesellschaft“ zu sprechen.

Laut Augsburger Allgemeine hob Hüseyin Yalcin in dem Zusammenhang vor allem auf eine „gute Bildung“ ab. Das ist insofern von Bedeutung, weil der Artikel *Bildung und Erziehung* einen wesentlichen Teil der *Erklärung von Prinzipien der Toleranz* der 28. Generalkonferenz der UNESCO ausmacht. Danach ist Bildung „das wirksamste Mittel gegen Intoleranz“ und gehört „Erziehung zur Toleranz“ „zu den vordringlichsten Bildungszielen“: „Der erste Schritt bei der Vermittlung von Toleranz ist die Unterrichtung des einzelnen Menschen über seine Rechte und Freiheiten und die damit verbundenen Ansprüche sowie die Herausbildung des Willens zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer Menschen. [...] Ziel ist die Ausbildung solidarisch und verantwortlich denkender Bürger, die offen sind für andere Kulturen, die den Wert der Freiheit schätzen, die die Menschenwürde ebenso wie zwischenmenschliche Unterschiede achten und die in der Lage sind, Konflikte zu vermeiden oder sie gewaltfrei zu lösen.“³

Wir wissen nicht, was Hüseyin Yalcin konkret ausgeführt hat, aber allein schon der Verweis auf die

² AZ 17.11.2008

³ Die *Erklärung von Prinzipien der Toleranz* wurde auf der 28. Generalkonferenz (Paris, 25. Oktober bis 16. November 1995) von den Mitgliedstaaten der UNESCO verabschiedet. Artikel 4 lautet:

Artikel 4: Bildung und Erziehung

4.1 Bildung ist das wirksamste Mittel gegen Intoleranz. Der erste Schritt bei der Vermittlung von Toleranz ist die Unterrichtung des einzelnen Menschen über seine Rechte und Freiheiten und die damit verbundenen Ansprüche sowie die Herausbildung des Willens zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer Menschen.

4.2 Erziehung zur Toleranz gehört zu den vordringlichsten Bildungszielen. Deshalb ist es notwendig, für den Unterricht zum Thema Toleranz systematische und rationale Lehrmethoden zu verbreiten, die aufklären über die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Wurzeln von Intoleranz - und damit über die tieferen Ursachen von Gewalt und Ausgrenzung. Bildungspolitik und Lehrpläne sollen ihren Beitrag leisten zur Verständigung, Solidarität und Toleranz zwischen Individuen ebenso wie zwischen ethnischen, sozialen, kulturellen, religiösen oder Sprachgruppen und zwischen den Nationen.

Erklärung von Prinzipien der Toleranz bei dieser Gelegenheit kommt einer Umfunktionierung des „Volkstrauertages“ gleich. Denn Menschen, die sich um eine solche „gute Bildung“ bemühen, dürften für Auslandseinsätze des deutschen Militärs ebenso wenig zu Verfügung stehen wie für Inlandseinsätze oder für deutschnationalen Revisionismus oder für „intolerante“, rassistische Verwaltungsakte.

Wir hätten gerne gewusst, was der OB bei dieser Mahnfeier genau gesagt hat, aber wir mussten erstens feststellen, dass die Reden des OB auf der Webseite der Stadt nicht mehr veröffentlicht werden und der Pressesprecher der Stadt wie auch das Büro des Oberbürgermeisters die Ansprache Gribls beim Volkstrauertag nicht herausgeben wollten. Damit bleiben die Reden des OB in Zukunft geheim, bzw.



Bundesarchiv, Bild 183-L02368
Foto: o. Ang. | 10. März 1940

Heldengedenktag 1940 in Berlin. Der Führer schreitet vor der Kranzniederlegung im Ehrenmal die Front des Ehrenbataillons der Wehrmacht ab. Hinter ihm von links: Generaloberst Keitel, Generaloberst v. Brauchitsch, Großadmiral Raeder und Generalfeldmarschall Göring (verdeckt), hinter Generaloberst Keitel General der Infanterie Reinhardt. Fot. Hohw. 10.3.40 [Herausgabedatum] 2097-40h Quelle: Deutsches Bundesarchiv (German Federal Archive), Bild 183-L02368

4.3 Erziehung zur Toleranz soll sich bemühen, das Entstehen von Angst vor anderen und der damit verbundenen Ausgrenzungstendenz zu verhindern. Sie soll jungen Menschen bei der Ausbildung ihrer Fähigkeit zur unabhängigen Wertung, zum kritischen Denken und zur moralischen Urteilskraft helfen.

4.4 Wir verpflichten uns zur Unterstützung und zur Umsetzung von sozialwissenschaftlichen Forschungsprogrammen und von Lehrplänen zu den Themen Toleranz, Menschenrechte und Gewaltlosigkeit. Besondere Aufmerksamkeit verdienen deshalb die Verbesserung der Lehrerausbildung, der Lehrpläne, der Unterrichtsinhalte und Lehrbücher sowie anderer Lehrmaterialien einschließlich der neuen Unterrichtstechnologien. Ziel ist die Ausbildung solidarisch und verantwortlich denkender Bürger, die offen sind für andere Kulturen, die den Wert der Freiheit schätzen, die die Menschenwürde ebenso wie zwischenmenschliche Unterschiede achten und die in der Lage sind, Konflikte zu vermeiden oder sie gewaltfrei zu lösen. http://www.unesco.de/erklaerung_toleranz.html?&L=0

sind nur noch so zugänglich, wie es der Augsburger Allgemeine beliebt zu berichten und zu zitieren. Damit führt der AZ-Medienkonzern die Alleinregie bei der Außendarstellung der städtischen Bürgermeister.

Dieser Konzern teilt uns nun in der gleichen Montagsausgabe von einer anderen Veranstaltung mit, die einen Tag vor dem „Volkstrauertag“ als „Tag der Heimat“ begangen wurde:

Den Tag der Heimat der Stadt Augsburg nutzte der Bund der Vertriebenen (BdV) am Samstag, um an die Opfer von Vertreibung zu erinnern und zur Versöhnung aufzurufen. Zudem wurden die Verbrechen an deutschen Zivilisten während und nach dem Zweiten Weltkrieg thematisiert und eine Anerkennung des individuellen Leids eingefordert. Juri Heiser, Kreisvorsitzender Augsburg-Stadt, betonte die Wichtigkeit von „Pflege und Erhalt der heimatlichen Kultur“.

Diese Auffassung teilte auch Dr. Ortfried Kotzian vom Haus des Ostens in München. „Heimat prägt, wirkt sinnstiftend und verbindet Menschen. Heimat kann man nicht ersetzen“, sagte er in seiner Ansprache. Das diesjährige Motto „Erinnern und Verstehen“ sei eine europäische Gemeinschaftsaufgabe. Man habe „das Recht und die Pflicht“, der 15 Millionen vertriebenen Deutschen und der zwei Millionen Opfer aus den damaligen Ostgebieten zu gedenken. [...]

Menschen zu finden, die die Erinnerungen weiter tragen, gestaltet sich für den BdV hingegen zunehmend schwieriger. „Die Erlebnissgeneration stirbt aus, die so genannte Bekenntnisgeneration ist jetzt auch schon über 60 Jahre und die Enkel interessieren sich zwar für die Familiengeschichte, wollen sich aber meist nicht aktiv einbringen“, sagte Gisela Thiel, Mitarbeiterin der Geschäftsstelle des BdV.

Das von der Stadtverwaltung geheimgehaltene Grußwort des OB bei dieser Gelegenheit lautet in der Darstellung des Pressemonopols Augsburger Allgemeine: „Die Ansicht, dass es wichtig sei, sich zu erinnern, teilte auch Oberbürgermeister Kurt Gribl (CSU) in seinem Grußwort. Die Menschen müssten über Erinnerungen reden und die Erfahrungen weitergeben. Die Vertreibungen seien eine Mahnung an alle Menschen. Deswegen müsse in Gesellschaften „genügend Raum für ein Neben- und Miteinander sein“.“

Ob dieses dezente Grußwort – der OB kam offensichtlich gar nicht selbst und schickte auch keinen Vertreter – dem BdV Bund der Vertriebenen weiterhilft, wagen wir zu bezweifeln. Klar ist es „wichtig“, „sich zu erinnern“, „über Erinnerungen“ zu „reden“ und „Erfahrungen“ weiterzugeben. Dass „Vertreibungen“ „eine Mahnung an alle Menschen“ seien – auch dem können wir uns so allgemein fast anschließen. Und für „genügend Raum für ein Neben- und Miteinander“ in der Gesellschaft – dafür ist doch jeder. Da der OB gar nicht anwesend war, also gar nicht direkt auf das auf der BdV-Veranstaltung Gesagte eingehen konnte, kann der BdV die Floskeln des OB nicht einmal direkt auf seine Interpretation von „Erinnerungen“ und „Vertreibungen“ beziehen. Der Bezug wird eigentlich nur medial und ganz vage von der Augsburger Allgemeinen hergestellt.

Klar liegen dem BdV „Verbrechen an deutschen Zivilisten während und nach dem Zweiten Weltkrieg“ sehr am Herzen. Klar wärmt Herr Dr. Kotzian die Story der „15 Millionen vertriebenen Deutschen und der zwei Millionen Opfer aus den damaligen Ostgebieten“ zum tausendsten Male auf.⁴ Es fehlt hier ganz klar an der vom Ausländerbeirat geforderten Bildung, ohne die man solchen Zahlen,

⁴ Zu dem bewusst diffus und undifferenziert verwendeten Vertreibungsbegriff und der inflationären und mißbräuchlichen Strapazierung von Vertreibungszahlen s. die ausgezeichneten Recherchen von Eva Hahn und Hans Henning Hahn in *Die „Holocaustisierung des Flucht- und Vertreibungsdiskurses“ – Historischer Revisionismus oder alter Wein in neuen Schläuchen?* Deutsch-Tschechische Nachrichten Dossier Nr. 8 Mai 2008:

[...] Ein kurzer Überblick über die historischen Ereignisse, die in Deutschland als Vertreibung bezeichnet werden, dürfte hilfreich sein für das Verständnis des Gegenstandes, mit dem sich dieser Aufsatz befasst.¹⁰ Das Wort „Vertreibung“ ist ein Sammelbegriff für die Ergebnisse von vier Ereigniskomplexen, die sich in den Jahren von 1939 bis 1949 abspielten und alle zur Umsiedlung deutscher Minderheiten in Osteuropa führten. 1949 befanden sich in Deutschland etwa 11 Millionen Deutsche, die vor dem zweiten Weltkrieg in Gebieten östlich der neuen deutsch-polnischen Grenze gelebt hatten, und etwa 3,5 Millionen Deutsche lebten weiterhin in ihrer Heimat.¹¹ Bei der Umsiedlung lassen sich die folgenden vier Phasen unterscheiden:

wie sie Dr. Kotzian aufischt, etwas hilflos gegenübersteht.

Unsägliche Hetzreden, wie sie bei der diesjährigen Zentralveranstaltung des BdV im ICC in Berlin fielen, dürften mit einem solchen OB-Grußwort jedenfalls nicht abgedeckt sein. Die Hetzrede, zu der sich Frau Steinbach diesmal hinreißen ließ, wollen wir schon kurz erwähnen, zumal mit Christian Knauer seit April 2008 ein CSUler und Landrat von Aichach-Friedberg stellvertretender Bundesvorsitzender des BdV ist, also eng mit Frau Steinbach zusammenarbeiten dürfte.⁵

Am diesjährigen Tag der Heimat unter dem Motto "Erinnern und verstehen" sprachen neben der Vorsitzenden des Bund der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach MdB, auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch. Ihm wurde die Ehrenplakette des BdV verliehen. Der deutsche Schauspieler Hans-Werner Bussinger rezitierte mehrere Zeitzeugenberichte.

In einer bemerkenswert offenen und deutlichen Rede kritisierte die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach die Kollektivstrafe für das Hitlerregime, der vor allem die Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen unterworfen wurden. Anlässlich der Verleihung der Ehrenplakette des BdV an Erzbischof Robert Zollitsch, ging Frau Steinbach insbesondere auf das Schicksal der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien ein. Die Deutschen wurden unter der AVNOJ ("Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens"), die von Josip Broz, genannt "Tito", angeführt wurde, völlig

-
- Zwischen 1939 und 1944 siedelte das Naziregime etwa eine Million Deutsche aus den baltischen Staaten, der Sowjetunion, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien in die von Deutschland besetzten Territorien um – hauptsächlich nach Polen, aber auch in die Tschechoslowakei und nach Österreich.
 - Zwischen August 1944 und dem 8. Mai 1945 waren ca. sechs Millionen Deutsche, hauptsächlich Frauen, Kinder, Kranke und Alte (darunter die bereits früher Umgesiedelten) von den Evakuierungsbefehlen der deutschen Behörden in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie betroffen, da die Pläne der Alliierten Regierungen für die künftigen deutschen Grenzen den Nazifunktionären bekannt geworden waren (am 1. Januar 1945 informierte Hitler die deutsche Öffentlichkeit darüber in seinem Neujahrsbefehl).
 - In den ersten Nachkriegsmonaten befanden sich die befreiten Westregionen Polens und die nördlichen Gebiete der Tschechoslowakei in einem gesetzlosen Zustand, nachdem die deutschen Behörden aufgehört hatten zu existieren. Während dieser Zeit wurden rund eine Million Deutsche aus Polen (zum Teil die vorher Evakuierten) und etwa 730.000 Deutsche aus der Tschechoslowakei Opfer einer willkürlichen Vertreibung. Gleichzeitig waren Millionen der vorher evakuierten deutschen Zivilisten obdachlos, und ihr zukünftiger Status war unklar.
 - Bei der Potsdamer Konferenz 1945 erklärten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion ihre Absicht, die verbliebenen Teile der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn umzusiedeln. Aufgrund der Beschlüsse dieser drei Besatzungsmächte wurden 1946, 1947 und 1948/49 aus Polen weitere 1,9 Millionen, 500.000 bzw. 76.000 Deutsche ausgesiedelt.¹³ Aus der Tschechoslowakei wurden 1946 rund 2,2 Millionen Deutsche ausgewiesen. Im gleichen Jahr verließen 120.000 Deutsche Ungarn, weitere 50.000 folgten in den darauf folgenden zwei Jahren. Ebenfalls 1946 verließen 160.000 Deutsche Österreich.¹⁶

Alle diese Ereignisse verschwimmen in einander durch den üblichen deutschen Gebrauch des Wortes „Vertreibung“, durch den ein tatsachenorientierter und analytischer Umgang mit dem Thema stark erschwert wird. Um die deutschen Debatten über die Vertreibung zu verstehen, muss man sich die folgenden zwei Punkte vor Augen halten. Erstens: Die Vertriebenen wurden teils vor dem Ende des 2. Weltkriegs durch die deutschen Behörden, teils nach Kriegsende von den Alliierten zum Verlassen ihrer Heimat in Osteuropa gezwungen. Zweitens: Die drei Besatzungsmächte autorisierten den Transfer der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, wobei es sich bei der großen Mehrheit der Betroffenen – genauer gesagt: bei allen außer ca. 200.000 Deutschen aus Ungarn – um ehemalige Staatsbürger des Großdeutschen Reiches (d.h. des von den Nazis expandierten Deutschen Reiches) handelte. Der Beschluss der Alliierten war nicht Teil eines Versuches, irgendwelche als universell verstandenen Prinzipien ethnischer Homogenität zu verwirklichen, sondern eine ausschließlich deutschlandpolitische Entscheidung.

Auszug S. 5ff. http://85.183.64.11/archiv/DTN/2008/dtn_dossier_08.pdf

⁵ Knauer ist seit 1999 Vorsitzender des BdV-Bayern

entrechtet und kollektiv zu Volksfeinden erklärt. 170.000 von ihnen wurden in Todeslagern interniert. Der katholische Erzbischof von Freiburg musste als kleiner Junge mitansehen, wie sein erst sechzehn-jähriger Bruder und zahlreiche andere deutsche Zivilisten aus Philippsdorf (Filipova) niedergemetzelt und verscharrt wurden.

Es war, daran besteht für den jugoslawischen Bereich kein Zweifel, Völkermord. Damit fand die vierhundertjährige Siedlungsgeschichte der Deutschen auf dem Balkan ein grauenhaftes Ende. *Erika Steinbach, Tag der Heimat 2008*⁶

So war das Wochenende mit dem „Volkstrauertag“ in Augsburg ziemlich durchwachsen. Die Kräfte der Vergangenheit sind schon noch virulent, wie der „Tag der Heimat“ zeigt, aber die Reaktionäre haben Probleme, ihre Art von Erinnerung und Vergangenheitsbewältigung zu transportieren: „Menschen zu finden, die die Erinnerungen weiter tragen, gestaltet sich für den BdV [...] zunehmend schwieriger.“ Und das Publikum, das die Gedenkfeier am „Volkstrauertag“ trug, scheint sichtlich zu ermatten. Man darf gespannt sein, wie die Herrschaften nächstes Jahr die Kurve kratzen wollen, ohne sich zu blamieren.

Leider fällt der *internationale Tag der Toleranz* 2009 auf einen Montag (16.11.2009), also auf den Tag nach dem „Volkstrauertag“ (Sonntag 15.11.2009, zwei Wochen vor dem 1. Advent). Das wäre natürlich ein schöner Vorwand, am Sonntag nicht vom Montag zu handeln. Aber man könnte natürlich auch verlangen, den *Tag der Toleranz* ab jetzt *immer* zu begehen. Wenn der BdV den Tag der Heimat, der eigentlich auf den 6. August 1950 zurückgeht, bei der die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ verkündet wurde, in Augsburg drei Monate später begehen kann, so könnte die Stadt Augsburg den *Tag der Toleranz* schon mal einen Tag vorverlegen.

Aber vielleicht bekommt Kurt Gribl wegen des Ablaufs heuer auch Ärger in den eigenen Reihen und anschließend kalte Füße. Dann gibt es nächstes Jahr vielleicht schon nochmal einen Aufguss des „Volkstrauertags“, nur ohne „Volk“ und vielleicht völlig geheim, was uns auch recht sein kann. Am *Tag der Toleranz* sollte man in Zukunft auf jeden Fall festhalten, das könnte man auch ausbauen, Augsburg könnte sich hier bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal holen!

⁶ <http://potsblits.de/erinnern-und-verstehen>